Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 6. Februar 2013
Ausgabe 026
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Auftakt der Munich Creative Business Week (MCBW) 3
› Diskussionsabend: „Energiewende ist dezentral!“ 4
› Kranzniederlegung zum 65. Todestag von Karl Valentin 5
› Familienschatzsuche im Münchner Stadtmuseum 5
Antworten auf Stadtratsanfragen **6**
› Wie wirksam sind Zeitkartentarife des MVV bei der Kundengewinnung? 6
› Merkwürdigkeiten in der GWG-Maikäfer-Siedlung 9
› Der nächste Münchner Klinikskandal – höchste Zeit für 13
Konsequenzen! 13
› Analphabetismus in München – Zahlen, Entwicklungen, Strategien 14
› Leben mit dem Stromausfall – wie sorgt die Landeshauptstadt vor? 16

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **17**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 7. Februar, 11 Uhr, Werinherstraße 71
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht anlässlich der Eröffnung des Alten- und Service-Zentrums Obergiesing.

Donnerstag, 7. Februar, 11 Uhr,
BMW Welt, Am Olympiapark 1, Tagungsraum 1 und 2
Pressekonferenz der bayern design GmbH anlässlich der zweiten Munich Creative Business Week (MCBW) mit Kurt Kapp in Vertretung des Referenten für Arbeit und Wirtschaft, Dr. Silke Claus, Geschäftsführerin der bayern design GmbH und Veranstalterin der MCBW, Katja Hessel, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Thomas Muderlak, Leiter der BMW Welt, Ralph Wiegmann, Geschäftsführer iF International Forum Design GmbH, und Professor Dr. Florian Hufnagel, Leitender Sammlungsdirektor, Die Neue Sammlung – The National Design Museum Munich. Die MCBW präsentiert vom 16. bis 24. Februar 2013 den Designstandort München.
(Siehe auch unter Meldungen)

Wiederholung
Donnerstag, 7. Februar, 18 Uhr, Valentin-Karlstadt-Musäum, Tal 50
Zur Eröffnung der Keramikfiguren-Ausstellung „Kleine Leut'" von Dr. Angela Eberhard spricht Musäumsdirektorin Sabine Rinberger. Die Figuren aus Keramik sind witzig und geistreich, manchmal auch tiefsinnig, immer wieder mit einem Hauch von Satire überzogen, aber nie böse. Jede der fast lebendig wirkenden Figuren sucht den Kontakt mit dem Betrachter und erzählt eine Geschichte. Manch einer der Besucher wird so in den „kleinen Leut'" Ähnlichkeiten mit sich selbst entdecken können.
Achtung Redaktionen: Presseführung am 7. Februar um 11.01 Uhr.

Wiederholung
Donnerstag, 7. Februar, 19 Uhr,
Bayerische Staatsbibliothek, Fürstensaal, Ludwigstraße 16
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers spricht zur Präsentation des Buches „München und der Orient". Das Buch von Stefan Jakob Wimmer mit Fotografien von Ergün Cevic und einem Geleitwort von Oberbürgermeister Christian Ude wird herausgegeben vom Verein „Zentrum für Islam

in Europa - München". Weitere Sprecher sind Dr. Rolf Griebel, Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek, Imam Benjamin Idriz, Vorsitzender des Vereins „Zentrum für Islam in Europa - München", Dr. Stefan Jakob Wimmer (Einführung in das Buch) und Josef Fink, Kunstverlag Josef Fink; Lesung: Tinka Kleffner.

Montag, 11. Februar, 11 Uhr, Isartalstraße 6
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Klara Dehn im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 13. Februar, 19.30 Uhr, Stadtteilkulturzentrum Giesinger Bahnhof, „Gepäckhalle", Giesinger Bahnhofplatz 1 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 17 (Obergiesing - Fasangarten). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Horst Walter statt.

Meldungen

Auftakt der Munich Creative Business Week (MCBW)
(6.2.2013) Vom 16. bis 24. Februar findet zum zweiten Mal die Munich Creative Business Week (MCBW) statt. Unter dem Motto „Meet the Builders of Quality – Design has an new place" haben Design-Interessierte und Experten bei über 180 Veranstaltungen die Gelegenheit, Design und Kreativität aus den unterschiedlichsten Perspektiven zu erleben. Ziel ist die Vernetzung, der offene Diskurs zu nachhaltigen Entwicklungen, Trends und Ideen auf qualitativ hohem Level. Die Themen der MCBW reichen von Produkt-, Service- und Kommunikationsdesign über Architektur bis hin zu Mode- und Schmuckdesign. Höhepunkte der Designwoche sind neben der Verleihung der renommierten iF design awards, die Sonderausstellung „mcbw momente – Denkräume für Design" sowie das Netzwerker-Treffen „Erfolgreich-Kreativ-Wirtschaften".
„Die Designwirtschaft ist ein innovativer Impulsgeber, wichtiges Wachstumsfeld und bedeutender Imagefaktor für die Münchner Wirtschaft. Die Munich Creative Business Week trägt dazu bei, dass die Stärke des Standortes national wie auch international wahrgenommen wird. Deshalb

unterstützen wir die MCBW", erklärt Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft.
In München sind alle wichtigen Designbereiche angesiedelt. Viele Designer knüpfen in ihren Arbeiten bewusst an die Tradition des Handwerks an, das in München seit jeher eine wichtige Rolle spielt. Kreationen von in München beheimateten Modeschöpfern begeistern weltweit. Die Stadt bietet zudem hervorragende Ausbildungsmöglichkeiten und zieht dadurch junge kreative Menschen an. Die Technische Universität München bietet den Studiengang Industrial Design an, die Hochschule München hat drei Studienrichtungen im Lehrplan (Industrie- und Kommunikationsdesign sowie Design). Auch auf den Sektoren Grafikdesign und Multimedia stehen Interessierten zahlreiche Wege offen. Die Akademie der Bildenden Künste München, die Hochschule für Film und Fernsehen (HFF), die Deutsche Meisterschule für Mode sowie zahlreiche weitere private Schulen und Akademien bieten ein weites Ausbildungsspektrum. Viele Absolventen bleiben nach Abschluss ihres Studiums in München, wo sie ein kreatives Umfeld und optimale Arbeitsbedingungen vorfinden.

Diskussionsabend: „Energiewende ist dezentral!"
(6.2.2013) In den 1980-er Jahren gab es in Deutschland etwa 850 Stromerzeuger, im Jahr 2020 werden es über eine Million sein. Die Energiewende ist immer mehr in Bürgerhand: Vereine, Energiegenossenschaften, Bürger-Stiftungen für Energie, Städte und Landkreise oder kommunale Stadtwerke erzeugen Energie, beispielsweise durch Photovoltaik-Anlagen. Die Energiewende ist dezentral geworden – dieser Trend wird Thema des Diskussionsabends der Reihe „Mutbürger für Energiewende!" am Donnerstag, 21. Februar, im Großen Sitzungssaal des Rathauses sein.
Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde ein finanzieller Anreiz geschaffen, Energie selbst zu erzeugen und so aktiv die Energiewende zu gestalten. 43 Prozent aller Erneuerbare Energien-Anlagen sind mittlerweile in Bürgerhand, sechs Prozent haben die großen vier Versorger errichtet. Über 600 Bürger-Energiegenossenschaften sind am Markt. Deshalb müssen jetzt auch die Stromnetze umgebaut werden, die bislang auf die wenigen Großkraftwerk-Standorte konzentriert waren.
Als Referenten zum Thema „Energiewende ist dezentral!" sind geladen: Hermann Kerler, Bundesverband der Regionalbewegung e.V., Vorstand „Energiewende ist regional!" und Gunnar Braun, Landesgruppe Verband Kommunaler Unternehmen Bayern, Geschäftsführer „Energie +Klima: Renaissance der Stadtwerke".
Die Veranstaltungsreihe „Mutbürger für Energiewende!" wird seit Ende 2011 in Kooperation mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt organi-

siert. Sie wird gefördert von der IKEA-Stiftung, der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, der Landeshauptstadt München, der Selbach-Umwelt-Stiftung und der Manfred-Wierichs-Stiftung. Im Internet ist eine Diskussionsplattform eingerichtet worden, wo auch die Vorträge veröffentlicht werden (*www.die-umweltakademie.de*).

Kranzniederlegung zum 65. Todestag von Karl Valentin

(6.2.2013) Zum 65. Todestag von Karl Valentin am Samstag, 9. Februar, legt die Landeshauptstadt an seiner Grabstätte im Waldfriedhof Planegg, Fürstenrieder Straße 17, einen Kranz mit Stadtschleife nieder.
Karl Valentin, mit bürgerlichem Namen Valentin Ludwig Fey, wurde am 4. Juni 1882 geboren und wuchs in der Münchner Vorstadt auf. Der Humor seiner Sketche beruhte insbesondere auf seiner Sprachkunst und seinem „Sprach-Anarchismus" (1924 lobte ihn der Kritiker Alfred Kerr als „Wortzauberer"). Wichtigste Partnerin auf der Bühne war Liesl Karlstadt (u.a. in „Die Orchesterprobe" und „Der Firmling"). 1913 standen Valentin und Karlstadt das erste Mal gemeinsam auf der Bühne. Die beiden ergänzten sich perfekt und begannen eine erfolgreiche Bühnenpartnerschaft, die 26 Jahre lang bestehen sollte.
1959 wurde in München auf private Initiative das Valentin-Musäum im Isartor mit Teilen seines Nachlasses eingerichtet. Mittlerweile wird das Museum auch als Valentin-Karlstadt-Musäum bezeichnet, um damit auch Valentins langjährige Partnerin zu würdigen. Anlässlich seines 125. Geburtstages wurde 2007 erstmals der Große Karl-Valentin-Preis verliehen. Karl Valentin starb 1948 in Planegg bei München.

Familienschatzsuche im Münchner Stadtmuseum

(6.2.2013) Unter dem Titel „Wie vor 100 Jahren – unterwegs mit der eigenen Lochkamera" erkunden Kinder ab sechs Jahren am Sonntag, 10. Februar, von 14 bis 16 Uhr in der Ausstellung „Zwischen Biedermeier und Gründerzeit. Deutschland in frühen Fotografien 1840 - 1890 aus der Sammlung Siegert" im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, Fotos, die über 100 Jahre alt sind. Es geht dabei darum, wie das Fotografieren damals funktionierte und welche Geschichten die Bilder aus dieser Zeit erzählen. In der Werkstatt wird zudem mit Solarfotopapier experimentiert, eine Lochkamera gebaut, auch werden Sehenswürdigkeiten der Stadt vor „die Linse" geholt. Die Teilnahmegebühr beträgt pro Kind 5 Euro, erwachsene Begleitpersonen zahlen den Eintritt in die Ausstellung. Anmeldungen erbeten unter Telefon 36 10 81 71 oder schatzsuche@kuki-muenchen.de.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 6. Februar 2013

Wie wirksam sind Zeitkartentarife des MVV bei der Kundengewinnung?
Anfrage Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU) vom 16.11.2012

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 16.11.2012 führen Sie als Begründung aus:

„Als eine der marketing-technisch wirksamsten Maßnahmen hat sich in vielen verbraucherorientierten Branchen, wie z.B. der Telekommunikation, die Einführung von Flatrate-Tarifen erwiesen. Genau gesehen gibt es mit den Zeitkartentarifen bei Öffentlichen Verkehrsmitteln ein derartiges Angebot schon seit Urzeiten, wenn man z.B. an die traditionellen Monatskarten für Berufspendler und Auszubildende/Schüler denkt.

In München wurde seit längerem von der MVV GmbH das ‚Flatrate'-Angebot ausdifferenziert, einerseits durch die Tageskarten, andererseits durch Jahresabos – besser bekannt unter dem Markennamen ‚Isarcard'.

Aus Sicht der Zeittarif-Kunden dürfte primär die individuelle Geldersparnis der Hauptgrund für den Kauf einer MVV-Zeitkarte sein. Das ist einleuchtend. Aus übergeordneter Sicht wäre aber auch interessant zu wissen, inwiefern der Besitz einer MVV-Zeitkarte auch zu einem geänderten Mobilitätsverhalten führt, insbesondere zu einer stärkeren Nutzung der ÖV-Angebote. Flatrate-halt."

Anhand von Stellungnahmen der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV GmbH) sowie der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) können Ihre Fragen wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:
Wie haben sich die Marktanteile der Zeitkartentarife im MVV-Bereich in den letzten Jahren entwickelt?

Antwort:
Der Marktanteil der Zeitkartenkunden hat sich seit Verbundgründung exorbitant entwickelt: Von 18% in der Bevölkerung im MVV-Verbundraum im Jahr 1974 auf aktuell 33%. Im Münchner Stadtgebiet mit seinem dichten ÖPNV-Angebot liegt dieser Anteil laut MVV GmbH bei 43%.

Die MVG hat für den durch sie abgesetzten Teil der Fahrkarten eine Verteilung von einem Drittel für Fahrkarten des Bartarifs/Zonentarifs und zwei Drittel für Zeitkarten angegeben. Beim Zeitkartensegment hat es laut MVG im Vergleich der Jahre 2007 und 2012 deutliche Verschiebungen zwischen Abonnements und den Wochen-/Monatskarten gegeben. So konnte die Anzahl der Vertragskunden im Vergleichszeitraum um 22% gesteigert werden, während der Absatz von Wochen- und Monatskarten um rund 11% abnahm.

Frage 2:
Wirkt sich der Besitz einer MVV-Zeitkarte auf das Mobilitätsverhalten aus, führt sie insbesondere zu einer stärkeren Nutzung der ÖV-Angebote und teilweise zu einer Veränderung des Modal-Splits?

Antwort:
Der Zeitkartenbesitz ist überall dort überdurchschnittlich hoch, wo das ÖPNV-Angebot ebenfalls überdurchschnittlich gut ist, so dass der MVV vermehrt – auch zunehmend von Pkw-Besitzern – genutzt wird. Dies zeigt sich auch bei entsprechenden Marktuntersuchungen immer wieder. Im Vergleich zu anderen Ballungsräumen in Deutschland sind für den MVV-Verbundraum v.a. der hohe Anteil der Personen mit Mehrfahrtenkarte, der niedrige Anteil der Personen mit Einzelfahrschein und die hohe Verbreitung der Monatskarte im Abo hervorzuheben. Im Umland liegt zudem – im Vergleich zu anderen Umlandregionen in Deutschland – ein sehr niedriger Prozentsatz von Personen vor, die den ÖPNV gar nicht nutzen.

Wie sich der Besitz einer Zeitkarte auf das Mobilitätsverhalten konkret auswirkt, ist bisher im Einzelnen nicht untersucht worden und kann nur näherungsweise ermittelt werden: Nach Einschätzung der MVV GmbH verhält es sich ähnlich wie beim Pkw; wenn die Zeitkarte schon mal vorhanden ist, wird sie auch vermehrt benutzt.

Darüber hinaus hat die MVG ergänzend dargestellt, dass Wochen- und Monatskarten anonym verkauft werden, so dass hier keine belastbaren Aussagen über das Mobilitätsverhalten der Käufer möglich sind.

Frage 3:
Wie wirken sich Zeitkartentarife „unterm Strich" auf die Einnahmesituation im MVV aus?

Antwort:
Im Rahmen der Tarifreform 1999 wurde der Zugang zu den MVV-Zeitkarten erheblich erleichtert (Wegfall der Kundenkarte bei den Allgemeinen Zeitkarten, Einführung des Automatenverkaufs) und seit diesem Zeitpunkt wird das MVV-Abo ausgeweitet (IsarCard 60 und IsarCard 9 Uhr) und bei den Marketingaktionen der Verbundgesellschaft und der Verkehrsunternehmen in den Vordergrund gestellt. Während der Anteil der MVV-Abos vor der Tarifreform bei 15% der Gesamteinnahmen im Zeitkartentarif lag, liegt der Anteil im Jahr 2011 bei mehr als 40%. Im gleichen Zeitraum ging der Anteil der Streifenkarten an den Gesamteinnahmen von über 30% auf ca. 7% zurück. Für die Einnahmenentwicklung im MVV bedeutet dies, dass es zu einer Verschiebung bei den Nutzern des MVV gekommen ist, weg von der Gelegenheitsfahrt mit Streifenkarte und hin zur Fahrt mit Zeitkarten und Abos. Mit dieser Verschiebung kommt es zu einer längerfristigen Bindung der Kunden an den ÖPNV und durch den erheblichen Anstieg bei den Abos zu einer Verbesserung bei den planbaren Einnahmen im Zeitkartentarif.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit beantwortet werden konnten.

Merkwürdigkeiten in der GWG-Maikäfer-Siedlung
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Robert Brannekämper und Eva Caim (CSU) vom 14.12.2012

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Mit Schreiben vom 14.12.2012 haben Sie gemäß § 68 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt München (GeschO) folgende schriftliche Anfrage an Herrn Oberbürgermeister Ude gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird.

Vorweg wird darauf hingewiesen, dass es sich bei den Baumaßnahmen der GWG Städtische Wohnungsgesellschaft München mbH (GWG) um einen Teil (letzte Bauabschnitte) des Gesamtkonzepts zur umfassenden Sanierung der Volkswohnanlage Berg am Laim („Maikäfersiedlung") mit Modernisierungsmaßnahmen sowie der Sanierung durch Abbruch und Wohnungsneubau gemäß Beschluss des Stadtrates vom 23.03.1994 handelt. Der Aufsichtsrat der GWG hat am 11.05.1994 dem Sanierungskonzept zugestimmt.

Im Frühjahr 2009 hat die GWG einen Realisierungswettbewerb für die Bebauung entlang der Bad-Schachener-Straße ausgelobt. Dieser Realisierungswettberwerb umfasste einen Teil der äußeren Randbebauung der „Maikäfersiedlung" auf der Basis des Bebauungsplanes mit Grünordnung Nr. 1889 a sowie einen Teil der äußeren Randbebauung einer GWG-Siedlung südlich der Bad-Schachener-Straße (Ramersdorf). Das Ergebnis dieses Wettbewerbs wurde bei der Umsetzung der Bautätigkeit an der Bad-Schachener-Straße (äußere Randbebauung Maikäfersiedlung") berücksichtigt.

Mit der Fertigstellung der letzten Bauabschnitte (Abschluss voraussichtlich Ende 2014) wird die Gesamtsanierungsmaßnahme „Maikäfersiedlung" mit insgesamt 1.023 Wohnungen und 878 Tiefgaragenstellplätzen abgeschlossen.

Im Ergebnis hat die GWG die Sanierung fachkompetent, verantwortungsbewusst und mieterfreundlich abgewickelt.

In Ihrer Anfrage vom 14.12.2012 führen Sie wie folgt aus:

„Mit dem aktuellen Corporate Social Responsibility (!) Report veröffentlicht die GWG München zum dritten Mal einen standardisierten Jahresbericht zur umfassenden Verantwortung in der Unternehmensführung.
Leider ist von der Verantwortung gegenüber den Nachbarn der Maikäfer-Siedlung nichts zu merken.
Nachdem sich die Interessensgemeinschaft Maikäfersiedlung über die radikalen Baumschnitte bei der GWG-Leitung und im Bezirksausschuss beschwert hatte, wurden ihnen Bauzäune vor ihren kleinen Gärtenausgänge errichtet – mit der skurrilen Begründung, Sicherheitsaspekte würden diese notwendig machen, obwohl bei den Einweihungsfeierlichkeiten am 10. Oktober 2012 bereits alle Flächen der öffentlichen Nutzung freigegeben worden waren.
Aber auch viele andere Fragen stellen sich, beispielsweise warum der Kinderspielplatz abweichend vom Freiflächengestaltungsplan angelegt wurde (besondere Situierung) und bis Anfang Dezember 2012 keine Plantektur nachgereicht wurde, wie bei einer Akteneinsicht festgestellt werden konnte.“

Zu Ihren Fragen im Einzelnen:

Frage 1:
Warum wurden zahlreiche Bäume auf dem Grundstück der GWG-Siedlung gefällt (Bild 1)?

Antwort:
Die Bäume auf den betreffenden Grundstücken der GWG-Neubauten wurden gemäß den bestandskräftigen Baugenehmigungen vom 19.01.2010 und 21.02.2011 gefällt (basierend auf dem vorhandenen Baurecht gemäß rechtsverbindlichem Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 1889 a).

Frage 2:
Warum wurden die bestehenden Bäume dermaßen massiv und baumschädlich zugeschnitten (Bild 3)?

Antwort:
Die Baumschnitte wurden im Rahmen der Pflanzarbeiten in Abstimmung zwischen der beauftragten externen Fachbauleitung und der ausführenden Firma vorgenommen. Die GWG hat dies unverzüglich nach Kenntnisnahme des Sachverhaltes beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Lokalbaukommission – Untere Naturschutzbehörde angezeigt. Die exter-

ne Fachbauleitung verweist auf die Notwendigkeit der Baumschnittmaßnahmen zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit und zur Sicherstellung des Anwuchses der geforderten Ersatzpflanzung gemäß Baugenehmigung vom 21.02.2011. Nach Aussage der GWG wurden die Baumpflegemaßnahmen von ausgebildeten Baumpflegern und nach fachlicher Beurteilung angemessen und baumverträglich ausgeführt.

Frage 3:
Warum wurde der Kinderspielplatz abweichend vom genehmigten Freiflächengestaltungsplan mehrere Meter auf dem Grundstück verschoben?

Antwort:
Die abweichende Lage des Kinderspielplatzes im Freiflächengestaltungsplan von Bauteil 13 resultiert aus einer Verschiebung der Spielgeräte aus dem angrenzenden Unterbauungsbereich der Tiefgarage von Bauteil 10. Diese Abweichung wurde durch das beauftragte Landschaftsarchitekturbüro mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Lokalbaukommission – Untere Naturschutzbehörde abgestimmt, wonach die Lage der Spielgeräte, auch durch die zeitlich getrennte Ausführung beider Baumaßnahmen, im Gesamtzusammenhang mit der Genehmigung von Bauteil 10 bestimmt wird. Der Kinderspielplatz ist im genehmigten Freiflächengestaltungsplan von Bauteil 10 vom 21.02.2011 dargestellt. Somit entspricht er in der ausgeführten Situation der Genehmigung.

Frage 4:
Ist es der neue Stil der GWG, Nachbarn, in diesem Fall der alteingesessenen Maikäfersiedlung, die wegen der rigiden Baumverschandelung bei der GWG nachfragten, wochenlang mit Bauzäunen zu traktieren, Flucht- und Rettungswege vorsätzlich zu blockieren und eine Gefährdung für Leib und Leben der Anwohner in Kauf zu nehmen?

Antwort:
Als Maßnahme zur Verkehrssicherung zu den östlich gelegenen Nachbargrundstücken erfolgte – beginnend mit den Abbrucharbeiten der Bestandsgebäude – die Aufstellung eines Bauzaunes auf den Grundstücken der GWG südlich der Bad-Kreuther-Straße. Die sog. „Mistwege", die sich im Eigentum der Nachbarn befinden und einen räumlichen Zwischenraum zwischen den Grundstücken der GWG und den Nachbargrundstücken bilden, wurden hierdurch hinsichtlich ihrer Nutzbarkeit nach Aussage der GWG nicht beeinträchtigt. Flucht- und Rettungswege angrenzender Grundstücke wurden durch den Bauzaunverlauf nicht blockiert. Vielmehr stellt die GWG

fest, dass einige Nachbarn ihren jeweiligen Anteil des „Mistweges“ für eigene Belange bebaut haben, da der öffentlich gewidmete Privatweg der GWG künftig ein Erreichen der jeweiligen Nachbargrundstücke ermöglicht. Die GWG weist Vorwürfe zurück, die Nachbarn vorsätzlich durch den Bauzaun ärgern oder gar Leib und Leben gefährden zu wollen. Die Sicherungsmaßnahme wurde während der gesamten Dauer der Bautätigkeit zur Errichtung der Neubauten nebst Freianlagen aufrechterhalten. Der Rückbau des Bauzauns erfolgte nach Abschluss der Arbeiten Ende November 2012.

Frage 5:
Warum findet auf dem Dach des GWG-Maikäfer-Siedlung Gebäudekomplexes an der Bad-Schachener-Straße eine Videoüberwachung statt? Wer und was soll gefilmt und überwacht werden? Sind die betroffenen Mieter und Besucher über diese Überwachungsmaßnahme informiert (Bild 4)?

Antwort:
Die Kameras waren ausschließlich auf die Baufelder der Bauteile an der Krumbadstraße und der Bad-Schachener-Straße ausgerichtet. Die Kameras haben im 5-Minuten-Takt Einzelbildaufnahmen gemacht, welche in einem Zeitrafferfilm zusammengefügt werden, um die Entwicklung der Bauabschnitte zu dokumentieren. Diese Einzelbilder wurden bis Ende September 2012/Anfang Oktober 2012 aufgenommen. Seitdem ist die Anlage nicht mehr in Betrieb und wurde inzwischen abgebaut.

Der nächste Münchner Klinikskandal – höchste Zeit für Konsequenzen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 3.9.2012

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Sie fordern in Ihrem Antrag Nr. 08-14/A 03623 eine Berichterstattung an den Stadtrat. Ihrem Antrag legen Sie folgenden Sachverhalt zu Grunde:

„Dem Stadtrat wird dargestellt, welche zeitnahen Konsequenzen Stadt und Aufsichtsrat aus den jüngst vom städtischen Revisionsamt zutage-geförderten Chaos in der Bauabteilung des Städtischen Klinikums ziehen."

Zu Ihrem Antrag kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

Die Prüfungen durch das Revisionsamt sind abgeschlossen. Über die Umsetzung der Empfehlungen aus den von Ihnen angesprochenen Berichten des Revisionsamtes wird dem Rechnungsprüfungsausschuss voraussichtlich in seiner Sitzung im März 2013 berichtet.

Ich bitte von meinen Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass Ihr Antrag damit erledigt ist.

Analphabetismus in München – Zahlen, Entwicklungen, Strategien
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 9.11.2012

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Ihrer Anfrage vom 09.11.2012 haben Sie den folgenden Sachverhalt vorausgeschickt: *„Eine Werbe- und Aufklärungskampagne des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ruft dieser Tage in Erinnerung, dass rund 7,5 Mio. Erwachsene in Deutschland – stattliche 14,5 Prozent – ‚funktionale Analphabeten' sind, dass heißt, Schwierigkeiten haben, längere, zusammenhängende Texte zu lesen und zu schreiben. Und immerhin vier Prozent der Bevölkerung – zwei Mio. Menschen – können laut einer Studie der Universität Hamburg vom letzten Jahr überhaupt nicht lesen und schreiben. – Es stellen sich Fragen nach der Situation in München."*

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen ist Folgendes mitzuteilen:

Frage 1:
Welche Informationen darüber liegen der Stadt vor, wie viele Analphabeten in München leben? Welche Informationen liegen darüber vor, wie sich diese Zahl in den letzten zehn Jahren entwickelt hat. Wie und von welcher städtischen oder sonstigen Institution wurden diese Informationen gewonnen?

Antwort:
Es liegen keine genauen Zahlen für München vor. In einer Studie von Prof. Dr. Anke Grotlüschen wurde im Auftrag des BMBF im Jahre 2010 die Zahl der funktionalen Analphabeten erhoben (Grotlüschen/Riekmann: „Funktionaler Analphabetismus in Deutschland", Waxmann 2012). Die Studie kam zum Ergebnis, dass es über 7 Millionen Erwachsene gibt, die nicht richtig lesen und schreiben können („Funktionale Analphabeten"). Das sind 14% der erwerbstätigen Bevölkerung in der gesamten Bundesrepublik.

Frage 2:
Mit welchen speziellen Programmen versucht die LHM ggf., dem Analphabetismus in München zu Leibe zu rücken? Mit welchem Erfolg?

Antwort:
Die Münchner Volkshochschule führt jährlich ca. 50 Alphabetisierungskurse durch. Zudem gibt es offene Lernangebote zur Alphabetisierung an der MVHS und in den Bildungslokalen des Referates für Bildung und Sport. Insgesamt werden jährlich ca. 800 Teilnehmende erreicht. Mittels diagnostischen Tests werden regelmäßig die Lernfortschritte erfasst. Die Münchner Volkshochschule führt zudem jährlich ca. 10 Integrationskurse mit Alphabetisierung durch. Hier werden ca. 120 Teilnehmende erreicht. Der Erfolg wird durch abschließende Prüfungen gemäß dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen abgenommen und dokumentiert.

Frage 3:
Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge haben von 2005 bis einschließlich des erstens Halbjahres 2011 insgesamt 28.968 Absolventen mit Migrationshintergrund an Analphabetismuskursen teilgenommen, immerhin 6,5 Prozent aller Absolventen von Integrationskursen (nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Alphabetisierung_von_Migranten_in_der_Bundesrepublik_Deutschland). Welche Informationen liegen der LHM über den Analphabetenanteil unter Migranten in München vor? Inwieweit wird diese Personengruppe mit gezielten Analphabetisierungsprogrammen für Ausländer betreut? Welche Informationen über Teilnehmerzahlen und Erfolge liegen vor?

Antwort:
In der unter Punkt 1 genannten Studie von Prof. Grotlüschen zeigte sich, dass 70% der funktionalen Analphabeten die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, 60% sind deutsche Erstsprachler. Konkrete Zahlen liegen für München nicht vor.

Leben mit dem Stromausfall – wie sorgt die Landeshauptstadt vor?
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 16.11.2012

Antwort Referat für Arbeit und Wirtschaft:

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Die SWM möchten zunächst festhalten, dass der Stromausfall am 15.11.2012 in keinem Zusammenhang mit der Energiewende oder der Abschaltung von Kraftwerken stand.

Bezüglich des von Ihnen angesprochenen Zusammenwirkens mit anderen regionalen Stromversorgern ist anzumerken, dass über die Leitstellen der einzelnen Netzbetreiber (Übertragungs- und Verteilnetzbetreiber) ein ständiger Austausch besteht, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Aus Sicht der SWM ergibt sich daher kein Handlungsbedarf für München. Die Engpässe in den Übertragungsnetzen müssen durch die jeweiligen Übertragungsnetzbetreiber sichergestellt werden. Die SWM sind aktuell und auch in Zukunft sehr gut aufgestellt, um Stromausfälle auf ein Minimum zu reduzieren.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 6. Februar 2013

Dezentrale Energiezukunft nicht verschlafen – Ökonomie- und Ökologie-Potenziale von Mikro-BHKWs im Großraum München im Rathaus darstellen
Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter, Marian Offman und Josef Schmid (CSU)

„Mit der Realisierung von ZIE-M ist begonnen“: Bitte mehr Informationen auf den Tisch!
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Josef Schmid
Stadtrat Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat Marian Offman

ANTRAG

06.02.2012

Dezentrale Energiezukunft nicht verschlafen – Ökonomie- und Ökologie-Potenziale von Mikro-BHKWs im Großraum München im Rathaus darstellen

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) sowie das Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) veranstalten mit Unterstützung des Bauzentrums München einen Fachtag im Münchner Rathaus zum Thema „**Mikro-BHKWs im Großraum München – ein Beitrag zur Energiewende, der sich rechnet**“ (Arbeitstitel).

Dabei sind insbesondere Vertreter der örtlichen Heizungsbauer-Innung, der Wissenschaft (z. B. Lehrstuhl für Energiewirtschaft und Anwendungstechnik der TUM /2/), von Energieberatungs-Instituten sowie der Energieversorger (z. B. SWM GmbH, e.on) als Referenten einzuladen.

Der Heizungsbranche ist die Gelegenheit zur Teilnahme an einer Poster-Session zu geben.

Ein Bericht über die Fachtagung wird ins Internet gestellt.

Begründung:

Während sich das Bauzentrum redlich bemüht, dem Thema „Mikro-BHKWs in Gebäuden“ im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit die gebotene Aufmerksamkeit zu widmen, z. B. durch das Fachforum „Mikro-KWK – Stirling für Wohngebäude“ /1/ am 13.7.2011, spielt das Thema leider auf der Ebene der Stadtpolitik so gut wie keine Rolle. Und dies, obwohl einschlägige Anfragen und Anträge vorliegen /3/.

Im Gegenteil, mit der Politik der SWM GmbH, in Neubaugebieten möglichst kein Gasnetz zu verlegen, sondern ausschließlich den Fernwärmeanschluss zu forcieren, wird auch der Einsatz von gasbetriebenen Mikro-BHKWs unterlaufen.

Selbst wenn man diese Monopolisierung gerade noch akzeptiert, ist die Passivität der Stadt, sich diesem wichtigen Thema wenigstens außerhalb des Münchner Fernwärmeanschlussgebietes mit Verve zu widmen, für eine Stadt nicht hinnehmbar, die sich eine ambitionierte Klimaschutzpolitik auf ihre Fahnen geschrieben hat. Einige wenige, vom RGU 2007 geförderte „best practise"-Projekte /4/ reichen nicht aus und haben bislang eher einen „Alibi"-Charakter. Dabei hat sich insbesondere die deutsche Heizungsbranche mit Erfolg der Entwicklung praxistauglicher Mikro-BHKWs gewidmet.

Um die Motivation bei der Stadtverwaltung bei der Behandlung dieses Antrags zu fördern, seien hier die Vorteile von Mikro-BHKWs aus ökologischer, bautechnischer, energiepolitischer und ordnungspolitischer Sicht beim Einsatz im städtisch geprägten **Gebäude-Bestand** kompakt aufgezeigt:

- wesentlich bessere Primärenergieausnutzung durch lokale Abwärmenutzung
- Entlastung der Hochspannung-Übertragungs- und Mittelspannungs-Verteilnetze durch Stromerzeugung im Gebäude (p_El von Mikro-BHKWs typ. 1 kW)
- im Vergleich zu Solaranlagen: keine Eingriffe am Dach nötig, keine Statik-Probleme
- im Vergleich zu Pelletheizungen: keine Feinstaubproblematik, kein Lagerproblem
- im Vergleich zur Fernwärme: keine Abhängigkeit von einem Monopolanbieter
- im Vergleich zur Fernwärme: kein aufwändiges Wärmeverteilnetz

Gerade der Aspekt, dass bei einem flächendeckenden Einsatz von Mikro-BHKWs durch die integrierte, weitgehend wetterunabhängige Stromerzeugung die übergeordneten Elektro-Netze entlastet werden und somit der viel diskutierte Netzausbau reduziert werden könnte, verdient politisch mehr Beachtung.

Alles in allem ist eine zeitnahe und aufgeschlossene Behandlung dieses Themas auf Stadtebene überfällig.

Quellen

/1/ Fachforum „Mikro-KWK – Stirling für Wohngebäude"
http://www.muenchner-fachforen.de/downloads/viewcategory/110-fachforummikro-kwk130711
/2/ Sänger, Florian: Mikro-KWK-Stirling-Anlagen in Einfamilienhäusern
http://www.muenchen.de/media/lhm/_de/rubriken/Rathaus/rgu/beratung_foerderung/bauzentr/bz_veranstaltungen/mikro_kwk/pdf/saenger_tum_praxisbericht_pdf.pdf
/3/ Kronawitter, Georg: „Energiewende im Keller mit Mini-BHKWs" - kein Thema für München?
(StR-Antrags-Nummer 08-14 / F 01086)
http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/ris_antrag_dokumente.jsp?risid=2516830
/4/ http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/2869525.pdf

Josef Schmid,Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Marian Offman
Stadtrat

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
06.02.2013

„Mit der Realisierung von ZIE-M ist begonnen“:
Bitte mehr Informationen auf den Tisch!

Auf Stadtrats-Anfragen zum Thema des künftigen islamischen Großzentrums in München (ZIE-M) gibt sich die Stadt normalerweise wenig auskunftsfreudig; es gebe noch keine konkreten Planungen, die Finanzierung sei noch ungeklärt – so und ähnlich lauten in aller Regel die Antworten auf einschlägige Anfragen. Bekanntlich haben sämtliche Stadtratsfraktionen im März 2010 erklärt, sich für die Errichtung des ZIE-M in München einzusetzen, und halten an dem vielfach umstrittenen Projekt bis heute ebenso unverändert fest wie an der Zusammenarbeit mit dem maßgeblich verantwortlichen Penzberger Imam Idriz.

Die Planungen für die Errichtung des Islam-Zentrums sind offenbar weiter vorangeschritten, als der Öffentlichkeit gegenüber eingeräumt wird. Auf S. 218 des Teilhaushalts Sozialhaushalt für das Jahr 2012 findet sich im Abschnitt „Ziele für das Nachjahr 2012“, Ordnungsziffer 60631 („Interkulturelle Orientierung und Öffnung“), unter der Rubrik „Handlungsziel“ die Aussage: „5.1.4 **Mit der Realisierung von ZIE-M (Zentrum für Islam in Europa München) ist begonnen. Ein begleitendes Kommunikationskonzept für die Entwicklung des ZIE-M ist umgesetzt** (...).“ Der Mittelansatz wird mit **76.030,- Euro** angegeben (Hervorhebungen vom Fragesteller).

Es stellen sich Fragen.

<u>Ich frage den Oberbürgermeister:</u>

1. Welche Einzelmaßnahmen umfaßt der im Sozialhaushalt für das Nachjahr 2012, S. 218, ausgewiesene „Beginn“ der Realisierung des Islamzentrums ZIE-M konkret?

2. Wann konkret wurde mit welcher Einzelmaßnahme die „Realisierung des ZIE-M“ begonnen?

3. Wo ist das a.a.O. erwähnte „Kommunikationskonzept für die Entwicklung des ZIE-M“ einsehbar? Wer zeichnet für das Kommunikationskonzept verantwortlich? Wann und in welcher Weise wurde es umgesetzt?

b.w.

4. Wofür wurde oder wird die im Mittelansatz ausgewiesene Summe von 76.030,- Euro konkret verwendet?

Karl Richter
Stadtrat